

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 17.11.2015
(9. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung.....	5
1 Bestellung einer Schriftführerin	5
2 Einwohnerfragestunde	5
3 Haushaltsberatung.....	6
4 113. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sicherung vorhandener Gartencenter im Stadtgebiet Meerbusch" 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 1 (8) BauGB 2. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB Vorlage: FB4/0306/2015...	12
5 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 A in Meerbusch-Osterath, Neusser Feldweg / Dörperweg 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Beschluss über Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung und die vorgenommenen Änderungen 3. Beschluss über Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung 4. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB Vorlage: FB4/0308/2015	13
6 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes "Krähenacker" 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Änderung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes "Krähenacker" 3. Satzungsbechluss gem. § 10 (1) BauGB Vorlage: FB4/0292/2015	15
7 5. Änderung des Landschaftsplanes des Rhein-Kreis Neuss, Teilabschnitt III - Meerbusch/Kaarst/Korschenbroich Beteiligung der von der Änderung berührten Träger öffentlicher Belange, beteiligte Verbände und Stellen gem. § 27 a i. V. m. § 29 LG NRW Vorlage: FB4/0294/2015.....	16
8 Normenkontrollverfahren Bebauungsplan 281; 2. Bauabschnitt K9n.....	17
9 Anträge.....	17
9.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündis90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung ÖPNV - Nachtlinie der U 76 Vorlage: FB4/0084/2015.....	17
9.2 Antrag der SPD Fraktion - Sozialer Wohnungsbau Vorlage: FB4/0087/2015.....	18
9.3 Antrag der SPD Fraktion - Entwicklung von Bauland Vorlage: FB4/0088/2015.....	18

10	Anfragen	18
11	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	19
12	Termin der nächsten Sitzung 12.01.2016	20
13	Verschiedenes	20

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Dieter Jüngerkes Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied anwesend ab 17:08 Uhr

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Andreas Brauer Sachkundiger Bürger abwesend ab 18:35 Uhr

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied anwesend ab 18:35 Uhr

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marcel Müller

Beratende Mitglieder

Frau Elisabeth Rhode Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Jürgen Gatzlik Bereichsleiter Fachbereich 6

Frau Brigitte Herrmann Fachbereich 4

Herr Harald Kirsten Fachbereich 4

Frau Rita Neitzert Fachbereich 4

Frau Heike Reiß Wirtschaftsförderungsreferat

Frau Doris Schröter Fachbereich 6

Frau Kirsten Steffens Bereichsleiterin Fachbereich 4

Herr Wolfgang Trapp

Bereichsleiter Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Ann-Kristin Gröne

Fachbereich 4

es fehlen:

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Zunächst wird über den Antrag der Fraktion Die Linke und Piratenpartei beraten. Diese beantragen TOP 15 im öffentlichen Teil statt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Die Verwaltung weist darauf hin, dass in der Vorlage auch personenbezogene und nicht für den öffentlichen Teil bestimmte Daten behandelt werden, da es um Grundstücksverkäufe geht. Sodann wird abgestimmt.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	1	1	
FDP		2	
Grüne	1	1	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	3	13	

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Niederdellmann-Siemes ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften bestellt Frau Ann-Kristin Gröne aus dem Fachbereich 4 zu seiner Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Frau Niederdellmann-Siemes war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

2 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Fragen seitens der Bürgerschaft gestellt worden.

3 Haushaltsberatung

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, dem Haupt- und Finanzausschuss das Produkt 010.111.160, Grundstücksverkehr entsprechend dem Entwurf des Haushaltes Seite 135 – 140 zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Grüne	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	10	7	

Antrag der SPD

Produkt 010.111.160 Allgemeiner Grundstücksverkehr
Sachkonto 78210000 Erwerb von Grundstücken

Die SPD Fraktion beantragt, den Haushaltansatz für den Erwerb von Grundstücken von 50.000€ auf 200.000€ zu erhöhen. Der Ansatz VE von 150.000€ sollen beibehalten werden.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Grüne		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	4	13	

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Niederdellmann-Siemes begründet den Antrag der SPD Fraktion. Die Erhöhung des Haushaltsansatzes soll für den Ankauf von Grundstücken verwendet werden auf denen z.B. sozialer Wohnungsbau entwickelt werden soll.

Antrag der FDP

Produkt 010.111.160 Allgemeiner Grundstücksverkehr
Sachkonto 7853.0000 sonstige Baumaßnahmen

Die FDP Fraktion beantragt, den Haushaltsansatz von 10.000 € für die Rodungsarbeiten am alten Bauhof, Moerser Straße, zu streichen.

Herr Gatzlik erklärt, dass dieses Geld ausschließlich für die Pflege des Grundstückes notwendig ist und nicht der Baureifmachung dient.

Die FDP Fraktion zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, dem Haupt- und Finanzausschuss das Produkt 090.511.010, Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen entsprechend dem Entwurf des Haushaltes Seite 440 – 444 zur Beschlussfassung zu empfehlen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Grüne	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	10	7	

Antrag der SPD:

Produkt 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen,
GEOINFO
Sachkonto 7891.1000 Entwicklung städt. Grundstücke

Die SPD Fraktion beantragt für die Durchführung eines Investorenwettbewerbes „Bauhof“ eine Erhöhung 60.000€ von 200.000€ auf 260.000€.

Nach eingehender Diskussion, ob insbesondere die Ergebnisse der Vorlage zu TOP 15 im nicht öffentlichen Teil zu einem Meinungsbild beitragen könne, wird der Antrag zur Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss durch die SPD eingebracht.

Antrag der FDP

Produkt: 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen
Sachkonto: 7891.0000 Entwicklung städt. Grundstücke

Die FDP Fraktion beantragt die Reduzierung um 233.000€ von 333.000€ auf 100.000€ bei der Entwicklung von städtischen Grundstücken die Barbara-Gerretz-Schule und Umgebung sowie den Schwimmbadpark betreffend.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	2	15	

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Fiebig stellt klar, dass sich der Antrag auf die Summe bezieht, die in den Erläuterungen zum Haushaltsansatz aufgeführt ist.

Diese Zahl ist jedoch irrtümlich falsch aufgenommen worden. Maßgeblich ist die Zahl, die im Haushaltsblatt 442 steht.

Antrag der FDP

Produkt: 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen
Sachkonto: 5431.0000

Die FDP Fraktion beantragt die Reduzierung der Geschäftsaufwendungen um 180.000€ von 200.000€ auf 20.000€.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	2	15	

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der Aktiven:

Produkt: 090.511.010 räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen
Sachkonto: 5431.0000 Untertunnelung Haus Meer

Die Fraktion die Aktiven beantragen eine Erhöhung der Geschäftsaufwendungen um 90.000€ von 120.000 auf 210.000€, da zunehmender Pendlerverkehr eine Untertunnelung des Bahnüberganges Haus Meer nötig macht.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:		17	

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anträge der FDP und der UWG

Produkt: 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen
Sachkonto: 7852.000

Die FDP Fraktion, ebenso wie die UWG Fraktion, beantragt die Streichung der Haushaltsmittel, die im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 281 und der K9n stehen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)		8	
SPD (3)		3	
FDP (2)	2		
Grüne (2)		2	
UWG (1)	1		
DIE LINKE und Piratenpartei (1)	1		
Gesamt: (17)	4	13	

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen

090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen
Sachkonto: 7891.1000 Entwicklung städtischer Grundstücke

Die Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen beantragen die Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung auf 120.000€, da sie nicht davon ausgehen, dass eine Überplanung des Geländes der Barbara-Gerretz-Schule / Feuerwehr in Meerbusch-Osterath schon im Jahre 2016 möglich ist.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP			2
Grüne	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	11	4	2

Frau Steffens erläutert, dass der Ansatz zur Beauftragung von Fachbüros notwendig ist. Die Beauftragungen der Büros sollen nach Ende des Wettbewerbsverfahrens erfolgen. Auf Grundlage der Wettbewerbsergebnisse soll dann zügig mit der Bauleitplanung begonnen werden. Es wird von einer Verfahrensdauer von ca. 3 Jahren ausgegangen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, dem Haupt- und Finanzausschuss das Produkt 100.511.010, Bodenordnung entsprechend dem Entwurf des Haushaltes Seite 459 - 462 mit der Änderung zur Beschlussfassung zu empfehlen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Grüne	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	10	7	

Antrag der FDP

100.511.010 **Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFO**
Sachkonto **78210000 Bodenordnung**

Die FDP Fraktion beantragt den Ansatz 2016 für Kosten im Zusammenhang mit der K9n zu streichen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Grüne		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	4	13	

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, dem Haupt- und Finanzausschuss das Produkt 100.521.010, Bauaufsicht entsprechend dem Entwurf des Haushaltes Seite 465 – 468 zur Beschlussfassung zu empfehlen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Grüne	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	10	7	

Herr Peters fragt nach der Auswertung der Recherche zu Bußgeldern. Dies sei im Zuge der Haushaltsberatungen 2015 beschlossen worden. Er bittet diese der Niederschrift beizufügen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die beigefügte Auswertung ist seinerzeit im Haupt- und Finanzausschuss zu den Haushaltsberatungen 2015 inhaltlich vorgetragen worden.

Herr Schoenauer und Herr Peters fragen nach der Höhe der Kosten für den ÖPNV.

Herr Fiebig erklärt, dass die Seite 569 im Haushalt aus dem Vorjahr übernommen worden sei, da die Kosten bisher immer in diesem Bereich lagen.

Herr Trapp ergänzt, dass die strategische Entscheidung im Bauausschuss liegen würde und die finanzielle Entscheidung im Ausschuss für Planungen und Liegenschaften. Es könnte hier lediglich das Finanzielle beschlossen werden.

Er erklärt auch, dass die genauen Kosten nicht genau zu beziffern sind, da die Rheinbahn diese am Ende eines Jahres mitteilt.

Es wird sich darauf geeinigt den Tagesordnungspunkt 9.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der ÖPNV – Nachtlinie der U76 vorzuziehen.

Beschluss:

In Ergänzung zu den bereits gefassten Beschlüssen zum Thema Verbesserungen beim ÖPNV ist neben der Taktverdichtung der U 76 in der Zeit bis 21 Uhr eine weitere Verbesserung auf dieser Linie vorzunehmen.

Es wird eine zusätzliche Linie der U 76 gegen 1.20 Uhr nachts ab Düsseldorf Hbf bis Krefeld eingerichtet.

Die voraussichtlichen Kosten für die Stadt Meerbusch dürften nach Berechnung unserer Fraktionen ca. 8.000 € zusätzlich betragen.

Mit dieser zusätzlichen Linie wird den Fahrgästen, die am Düsseldorfer Hauptbahnhof mit den letzten Fernzügen eintreffen, noch die Möglichkeit der Weiterfahrt nach Meerbusch / Krefeld ermöglicht. Die Stadt Krefeld hat bereits beschlossen, eine solche Verbindung einzurichten und mitzufinanzieren.

Die Verwaltung wird beauftragt mit der Rheinischen Bahngesellschaft, der Stadt Düsseldorf und der Stadt Krefeld über die weitere Verbesserung des ÖPNV ins Meerbuscher Stadtgebiet bis nach Krefeld zu verhandeln.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		1
SPD	3		
FDP	2		
Grüne	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	16		1

Herr Trapp erklärt, dass man zum einen die Taktverdichtung in der Zeit von 19:00 – 21:00 Uhr von jetzt 30 auf 20 Minuten betrachten muss und zum andere den Wunsch einer weitere Bahn nachts. In beiden Fällen gab es zunächst Probleme, doch die Stadt Krefeld habe dieser Regelung zwischenzeitlich zu gestimmt.

In Absprache mit der Rheinbahn kann die Taktverdichtung und die zusätzliche Bahn voraussichtlich im Herbst 2016 eingeführt werden.

Zurzeit können die Anschlüsse am Haus Meer nicht nahtlos gewährleistet werden; es entstehen Wartezeiten.

Derzeit wartet man auf eine Rückmeldung der Stadt Krefeld, um dieses Loch zu schließen und eine Anbindung an Lank zu gewährleisten.

Herr Peters bittet um das Schreiben, das von Seiten der Verwaltung an das Amt für Verkehrsmanagement der Stadt Düsseldorf versendet worden ist.

Dieses wird der Niederschrift beigelegt.

4 113. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sicherung vorhandener Gartencenter im Stadtgebiet Meerbusch"

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 1 (8) BauGB

2. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB

Vorlage: FB4/0306/2015

Die Beratung der Vorlage wird in die nächste Sitzung vertagt.

Frau Steffens erläutert die Vorlage.

Gartencenter sowie Pflanzenmärkte stellen in Meerbusch aufgrund ihrer Anzahl, ihrer Flächengröße aber auch ihres Einzugsgebietes einen großen Wirtschaftsfaktor dar.

Ebenso zeigt der bundesweite Entwicklungstrend in diesem Marktsegment eine positive Entwicklung auf. Die Betriebskonzepte gehen zu einer großen Produktvielfalt, differenzierten Präsentationsflächen und anschaulichem Ambiente über.

Die Gartencenter in Meerbusch liegen überwiegend im Außenbereich und sind planerisch in ihrer jetzigen Form nicht gesichert.

Zur Regelung der Nutzungen und zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf die zentralen Versorgungsbereiche aber auch zur Herstellung der Rechtssicherheit der Betriebe soll mit der FNP-Änderung die Voraussetzung geschaffen werden, an den jeweiligen bestehenden Standorten verbindliches Planungsrecht zu schaffen.

- 5 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 A in Meerbusch-Osterath, Neusser Feldweg / Dörperweg**
- 1. Beschluss über Stellungnahmen**
 - 2. Beschluss über Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung und die vorgenommenen Änderungen**
 - 3. Beschluss über Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung**
 - 4. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**
- Vorlage: FB4/0308/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt eine vorlagegemäße Beschlussfassung.

1. Beschluss über Stellungnahmen

Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Anregungen nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB gemäß Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage zu.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	13	4	

2. Beschluss über Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung und die vorgenommenen Änderungen

Der Rat der Stadt stimmt den Behandlungen der Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung und der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie den vorgenommenen Änderungen in roter Farbe gemäß Anlage 2 und 4 zur vorliegenden Vorlage zu.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	13	4	

3. Beschluss über Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung

Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 A in Meerbusch-Osterath, Neusser Feldweg / Dörperweg während der 2. öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entsprechend Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	13	4	

4. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Der Rat der Stadt beschließt die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 A in Meerbusch-Osterath, Neusser Feldweg / Dörperweg, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV.NRW. S. 878) als Satzung mit der Begründung vom 1. September 2015 für ein Gebiet, das die Flurstücke 894, 895, 1200, 1263 und 1264 der Flur 4 der Gemarkung Osterath umfasst, maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB im Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 A in Meerbusch-Osterath, Neusser Feldweg / Dörperweg.

Mit dem Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 67 A außer Kraft.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Grüne		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	13	4	

Frau Steffens erläutert die Beschlussvorlage.

Nach mündlicher Auskunft des Eigentümers der Flächen, sei dort keine Metadonstation geplant.

Seitens Herrn Rettig und Herrn Brauer werden Bedenken bezüglich der Größe des Baukörpers geäußert.

- 6** **7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes "Krähenacker"**
1. Beschluss über Stellungnahmen
2. Änderung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes "Krähenacker"
3. Satzungsbechluss gem. § 10 (1) BauGB
Vorlage: FB4/0292/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt eine Beschlussfassung gemäß dieser Vorlage.

1. Beschluss über Stellungnahmen

Der Rat der Stadt nimmt in der 7. Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 65 B während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen nach § 4 (2) BauGB zur Kenntnis und entscheidet hierüber entsprechend Anlage 1 zu dieser Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Herr Brauer und Herr Jürgens sind bei der Abstimmung abwesend.

2. Änderung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes „Krähenacker“

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes „Krähenacker“ in grüner Farbe.

Es handelt sich insbesondere um

- Hinweise zum Artenschutz und Kampfmittel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Herr Brauer und Herr Jürgens sind bei der Abstimmung abwesend.

3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Der Rat der Stadt beschließt die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B, Meerbusch-Osterath im Bereich des Sportplatzes „Krähenacker“, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV.NRW. S. 496) als Satzung mit der Begründung vom 25. Juli 2015, für ein

Gebiet, das durch den Rudolf-Lensing-Ring, Sportanlagen, den Friedhof und Wohnbauflächen begrenzt ist, maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB in der 7. Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 65 B .

Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Mit dem Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 65 B außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Herr Brauer und Herr Jürgens sind bei der Abstimmung abwesend.

Herr Rettig fragt nach den Regelungen zu maximalen Zuschauerzahlen und seltenen Ereignissen.

Frau Steffens erklärt, dass die Zuschauerzahlen in Bebauungsplänen nicht geregelt werden können, sondern im Gutachten mit Erfahrungsberichte eine Worst-Case-Betrachtung erfolgt ist. Die Zahl der seltenen Ereignisse ist über die 18. BImSchV – Sportanlagenlärmschutzverordnung geregelt.

Als selten im Sinne der 18. BImSchV gelten besondere Ereignisse und Veranstaltungen die an höchstens 18 Kalendertagen eines Jahres stattfinden.

- 7 5. Änderung des Landschaftsplanes des Rhein-Kreis Neuss, Teilabschnitt III - Meerbusch/Kaarst/Korschenbroich**
Beteiligung der von der Änderung berührten Träger öffentlicher Belange, beteiligte Verbände und Stellen gem. § 27 a i. V. m. § 29 LG NRW
Vorlage: FB4/0294/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt die in der Anlage beigefügte Stellungnahme zur 5. Änderung des Landschaftsplanes des Rhein-Kreis Neuss, Teilabschnitt III - Meerbusch/Kaarst/Korschenbroich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Herr Jürgens ist bei der Abstimmung abwesend.

Herr Wehrspohn fragt wann die Beteiligungsunterlagen bei der Stadt Meerbusch eingegangen sind.

Anmerkung der Schriftführerin:

Die Beteiligungsunterlagen sind am 14. August 2015 im Fachbereich 4 eingegangen.

Abgabefrist für eine Stellungnahme war der 16. September 2015.

Aufgrund der notwendigen Abstimmungen und Vorläufe war eine Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 1. September 2015 zeitlich nicht erreichbar.

8 Normenkontrollverfahren Bebauungsplan 281; 2. Bauabschnitt K9n

Frau Steffens informiert den Ausschuss über das Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Nr. 281; 2. Bauabschnitt K9n.

Das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) hat den Bebauungsplan aus formellen Gründen für unwirksam erklärt.

Das Urteil, das zum 30.11.2015 rechtskräftig wird, führt hierzu aus, dass die Auslegungsbekanntmachung nicht den Anforderungen nach § 3 Abs. 2 BauGB genügt habe.

Eine Revision ist nicht zugelassen worden. Eine Beschwerde hiergegen wäre aussichtslos, da die Rechtsprechung auf der des Bundesverwaltungsgerichtes beruhe.

Im Urteil werden umfassende Hinweise zu materiellen Inhalten gegeben. Aus den Ausführungen des Senates wird deutlich, dass die Planung in ihrem konzeptionellen Grundansatz nicht zu beanstanden ist.

Der Bebauungsplan ist städtebaulich gerechtfertigt und begründbar.

Es ist daher das Ziel, den Bebauungsplan Ende 2016 wieder zur Rechtskraft zu bringen.

Hierfür soll ein ergänzendes Verfahren nach § 214 BauGB durchgeführt werden. Somit soll als nächster Schritt eine erneute fehlerfreie öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgen.

Unter Berücksichtigung der vom Senat gemachten Hinweise wird der Bebauungsplanentwurf mit seiner Begründung zunächst überarbeitet. Die erforderlichen Gutachten müssen ebenfalls entsprechend aktualisiert werden.

Herr Rettig wie auch Herr Weyen äußern ihre Zweifel, dass es sich lediglich um formelle Gründe handle. Sie seien der Auffassung, dass auch erhebliche Abwägungsdefizite im Urteil dargestellt werden.

Frau Steffens erläutert, dass das Gericht den Bebauungsplan aus formellen Fehlern für unwirksam erklärt hat. Grundsätzlich habe es aber die städtebauliche Rechtfertigung für den Plan festgestellt. Bei der Vorbereitung des Planes für die erneute Offenlage werden die Hinweise des Gerichtes berücksichtigt und ggf. der Plan mit Begründung angepasst.

9 Anträge

9.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündis90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung ÖPNV - Nachtlinie der U 76 Vorlage: FB4/0084/2015

Dieser Tagesordnungspunkt ist unter dem Tagesordnungspunkt 3 Haushaltsberatungen behandelt worden.

9.2 Antrag der SPD Fraktion - Sozialer Wohnungsbau

Vorlage: FB4/0087/2015

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab sofort bei allen neuen größeren Bebauungsplänen (ab 20 WE) und bei allen sich zur Zeit in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplanentwürfen eine Quote von 30,0 % an öffentlich geförderten bzw. preiswerten Wohnraum einzuplanen. Dies ist bereits für städtische Grundstücke beschlossen und soll nun analog auch für private Grundstücke erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt.

Nach einer angeregten Diskussion wird der Antrag einstimmig vertagt.

9.3 Antrag der SPD Fraktion - Entwicklung von Bauland

Vorlage: FB4/0088/2015

Beschluss:

Zukünftig sollen nur noch Flächen zu Bauland entwickelt werden, die zuvor von der Stadt angekauft wurden. Die Grundstücke können dann gezielt, z.B. an junge Familien, für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus oder zur Umsetzung anderer Ziele der Stadtentwicklung weiter veräußert werden. Der Deutsche Städtetag hatte hierzu im Februar 2014 darauf hingewiesen, dass mit Hilfe von Baulandbeschlüssen die von zusätzlich geschaffenem Baurecht begünstigten Eigentümer an den Kosten der Lasten beteiligt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vertagt.

Nach ausgiebiger Diskussion wird von Herrn Peters ein Arbeitskreis angeregt. Diesem sollen neben Teilnehmern aus den Fraktionen auch Herr Assenmacher und Herr Gatzlik von Seiten der Verwaltung angehören.

10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Frau Steffens trägt den Bericht der Verwaltung vor.

Stand Verfahren Regionalplan

Es sind ca. 2000 Anregungen eingegangen.

Die Bezirksregierung plane Anfang 2016 eine erneute Offenlage.

Der Regionalrat hatte die Bezirksregierung beauftragt, erneut ein Gespräch mit der Stadt Meerbusch zu den Siedlungsflächen Strümper Busch / Boverth Nordost zu führen. Ziel des Gespräches sei es zumindest die Fläche am Strümper Busch mit in den Regionalplan aufzunehmen.

Da die Beschlusslage der Politik hierzu allerdings eindeutig ist, hat man dies auch so vermittelt.

Interkommunales Gewerbegebiet

Im Regionalrat werden auf Krefelder Stadtgebiet nun auch Flächenausweisungen diskutiert.

Zur Sicherung der Ziele der Regionalplanung sei ein landesplanerischer Vertrag zwischen Krefeld, Meerbusch und der Bezirksregierung notwendig.

Zu dem gesamten Themenkomplex „Interkommunales Gewerbegebiet“ wird in die Sitzung im Februar eine ausführliche Vorlage eingebracht werden.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK)

Frau Steffens berichtet von der Bürgerveranstaltung „Zukunftswerkstatt“ im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) und dem Verlauf der Veranstaltung.

Ebenso präsentiert sie in groben Zügen die Ergebnisse der Bürger.

Die Dokumentation der Veranstaltung ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Peters äußert Bedenken an der Zusammenstellung der Arbeitsgruppen im Zuge der Bürgerveranstaltung ISEK. Er meint, dass die Breite der Bevölkerung nicht ausreichend wiedergegeben worden sei.

Frau Steffens erklärt, dass ein sehr ausgewogenes Teilnehmerfeld angestrebt und angefragt worden ist, um jedes Handlungsfeld optimal zu repräsentieren. Nicht alle eingeladenen Personen haben für die Veranstaltung zugesagt.

Insgesamt konnte für die Veranstaltung ein ausgewogenes Teilnehmerfeld gewonnen werden, das die unterschiedlichen Handlungsfelder gut präsentiert haben.

Des Weiteren stellt Frau Steffens das Bauvorhaben an der Moerser Straße / Kanzlei vor.

Die Entwürfe sind im Rahmen der bisher erteilten Genehmigungen noch einmal geändert worden. Insgesamt ist ein wesentlich besseres städtebauliches und architektonisches Ergebnis erzielt worden.

Außerdem wird das Bauvorhaben an der Fronhofstraße / Rilkestraße vorgestellt.

Die Verwaltung beabsichtigt hier ein Doppelhaus und ein Einzelhaus im Rahmen eines Befreiungsstatbestandes zu genehmigen.

Zuletzt stellt Frau Steffens die die Bauvoranfrage auf der Kaarster Straße vor.

Das Bauvorhaben fügt sich nach § 34 BauGB ein.

Weiterhin weist Frau Steffens darauf hin, dass die Unterlagen der Aufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen unter der Internetadresse www.land.nrw/de/thema/landesplanung einsehbar sind

12 Termin der nächsten Sitzung 12.01.2016

13 Verschiedenes

Frau Niederdellmann-Siemes fragt nach dem Stand des Frischemarktes in Osterath.
Herr Assenmacher erklärt, dass der Frischemarkt voraussichtlich pünktlich eröffnen würde.
Man ist mit dem Ausbau der Strümper Straße im Zeitplan.
Der Schutthaufen muss bis zum 30. November 2015 von der Baufirma entsorgt worden sein.

Meerbusch, den 4. Dezember 2015

Werner Damblon
Ausschussvorsitzender

Schriftführer/in